

**351.****Interpellation.**

Eingegangen am 17. Oktober 1916.

Ist die Königliche Staatsregierung bereit, die nichtberufsmäßigen Gemeindevorstände bedürftiger Gemeinden für die ungewöhnliche Mehrarbeit aus Anlaß der Kriegsmahnahmen von Staatswegen angemessen zu entschädigen?

Dresden, den 17. Oktober 1916.

Barth.

Biener. Dr. Böhme. Born. v. Byern. Donath. Frenzel. Friedrich.  
Dr. Hähnel. Dr. Harter. Heymann. Hofmann. Horst. Kockel.  
Dr. Mangler. Dr. Mehnert (Blauen). Dertel. Dr. Philipp. Rentsch.  
Schade. Dr. Schanz. Schmidt (Freiberg). Schönfeld. Schreiber.  
Dr. Spieß. Träber.

**352.****A n t r a g.**

Eingegangen am 18. Oktober 1916.

Die Kammer wolle beschließen:

1. die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, umgehend einen Gesetzentwurf an die Stände zu bringen, durch welchen das ausschließliche Recht des Staates eingeführt wird: Kohlen aufzusuchen und, soweit der Abbau noch nicht begonnen hat, zu gewinnen, und zwar unter Wahrung der berechtigten Interessen der Grundeigentümer und unter Bekämpfung aller spekulativen Rechtsgeschäfte; diesem Gesetze auch rückwirkende Kraft vom 18. Oktober 1916 an zu geben;
2. die erste Kammer zum Beitritt zu diesem Beschlusse einzuladen.

Dresden, den 18. Oktober 1916.

Hofmann. Hettner. Günther. Träßdorf.